Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 62 (1968)
Heft: 2

Artikel: Offener Brief : an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141417

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

dern als dauernden Besitz oder als militärisch zu verwaltende Protektorate betrachten, so wird die Zukunft der Völker Palästinas durch neue Kriegsgefahren verdüstert.

Die kleinen Völker Palästinas leben in einem Spannungsfeld der Grossmachtpolitik. Das kann eine friedliche Lösung ihrer Konflikte erschweren. Es könnte aber auch eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine völkerrechtlich verankerte Garantie ihrer Sicherheit und ihres Friedens bilden.

Die progressiven Kräfte Israels und seiner arabischen Nachbarn werden durch gemeinsame Arbeit Wege suchen und neues Vertrauen schaffen müssen, um den Frieden und die Koexistenz ihrer Völker zu sichern. Dieser Kampf um den Frieden ist ein Wagnis. Ein neuer Krieg aber wäre die Katastrophe. In diesem Kampf um den Frieden wird nicht Dayan, sondern *Nathan* der Weise sein.» *Red.*

Offener Brief

an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach jahrelangen Diskussionen und mehreren gescheiterten Versuchen, die Notstandsgesetzgebung im Parlament zur Verabschiedung zu bringen, hat Ihnen jetzt die Regierung der Grossen Koalition die neue Vorlage eines «Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes (Notstandsverfassung)» zur Beschlussfassung zugeleitet. In der Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, es handle sich dabei um eine «liberalisierte» Neufassung. Nach eingehendem Studium des vorliegenden Textes müssen wir dieser Irreführung entschieden widersprechen. Wir identifizieren uns in der Beurteilung mit der entsprechenden Stellungnahme des Kuratoriums «Notstand der Demokratie».

Als demokratische Bürger der Bundesrepublik Deutschland und verantwortliche Glieder der Evangelischen Kirche appellieren wir an Sie, diesem Gesetzeswerk Ihre Zustimmung zu versagen; denn:

1. Eine Demokratie kann die Öffnung eines legalen Weges zu einem Staatsstreich von oben nicht ertragen. Die fehlende klare Definition des «Zustandes äusserer Gefahr» bietet jedoch solchen Missbrauch an.
2. Eine Demokratie kann die Aufhebung der demokratischen Grundrechte in Friedenszeiten nicht ertragen. Diese Möglichkeit ist jedoch im vorliegenden Entwurf vorgesehen und ist akut, wenn die bereits verabschiedeten «einfachen» Notstandsgesetze, legalisiert durch die «Notstandsverfassung», in Kraft treten werden.
3. Eine Demokratie kann die Ausschaltung des vom Volk frei gewählten Parlaments nicht ertragen. Diese Möglichkeit ist jedoch im vorliegenden Entwurf vorgesehen. Wir können den «Gemeinsamen Ausschuss» nicht als parlamentarische Kontrolle anerkennen, da ihm das wichtigste Merkmal parlamentarischer Demokratie, die Öffentlichkeit der Verhandlung, fehlt.

Unsere Verantwortung für Bevölkerung und Staat zwingt uns, an Sie und die demokratische Öffentlichkeit zu appellieren, dieses Gesetzeswerk zu verhindern, um schweren Schaden von unserem Volk abzuwenden.

Dieser Offene Brief ist unterzeichnet von über 1100 Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, hauptsächlich von Pfarern und Leheren aller Stufen, unter ihnen manche Freunde der «Neuen Wege».

Projekt Pflugschar*

In der Dezember-Ausgabe des «*Bulletin of the Atomic Scientists*» befassen sich *David R. Inglis* und *Carl L. Sandler* mit der Verwendung von Nuklearexplosionen zu friedlichen Zwecken.

Über dieses Thema hat *Gertrude Baer,* die Vertreterin der IFFF bei der UN seinerzeit nachstehende Erklärung vor dem Regierungskomitee des Wirtschafts- und Sozialrates abgegeben. (S. «Neue Wege», Juli/August 1961).

«Wir verlangen, dass auf diesem Gebiet, wie in jedem Bereich wissenschaftlicher und technischer Forschung und Experimente, und besonders in der praktischen Anwendung solcher Kenntnisse, das Interesse an wirtschaftlichem Gewinn den Forderungen untergeordnet werde, die mit Rücksicht auf Leben und Gesundheit unumgänglich sind, und dass diese Priorität ein für allemal als eines der fundamentalen Menschenrechte anerkannt werde.»

Diese mündlich und schriftlich begründete Warnung wurde vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen mit Schweigen quittiert, wie Gertrude Baer in den «Neuen Wegen» vom Januar 1965 berichtet.

Dieses ominöse Schweigen wird verständlich, wenn man weiss, dass immer stärkere Interessenkreise der amerikanischen Industrie darauf bestehen, dass die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen wie Mineralien oder Öl mittels nuklearer Sprengungen unter jedem Abkommen erlaubt sein soll. Die Gefahr besteht, dass, solange das komplette Verbot von Versuchsexplosionen hinausgeschoben wird und für weitere unterirdische Experimente grosse wirtschaftliche Gewinne in Aussicht gestellt werden, die «vested interests» schliesslich mächtig genug sein könnten, um ein allgemeines Testverbot überhaupt zu verunmöglichen.

Der erste Anstoss für eine moderne Anwendung von Nuklearenergie, den Vortrieb eines zweiten Panama-Kanals, ging unter der Bezeichnung «Projekt Pflugschar» von einer Gruppe von Interessenten aus, die für ihre Experimente nicht-militärische Objekte suchen.

Es geht nach dem BAS vom Dezember 1967 um den Bau eines zweiten Kanals irgendwo in der Landenge von Panama. Die bisherige Anlage, die jetzt etwa 50 Jahre alt ist (1906 bis 1914), kann den wachsenden Verkehr in absehbarer Zeit, d. h. in etwa 10 Jahren, nicht mehr bewältigen. Zudem

---

* Schwerter sollen zu Pflugscharen umgeschmiedet werden (Jesaja 2. 4)